

Zollernalbkreis - Kreistag am 14.12.2015

Redebeitrag zum Haushalt 2016 - (Einzelmitglied)

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Meinen Vorrednern schließe ich mich mit Worten des Dankes und der Anerkennung gegenüber Ihnen, Herr Landrat Pauli und der gesamten Kreisverwaltung an. Sie dürfen es als großes Kompliment werten, dass eine eigens ins Leben gerufene Haushaltskommission kaum Einsparpotentiale finden konnte. Dies ist ein deutliches Zeichen für eine solide Haushaltsstruktur, wie auch für eine professionelle Finanzplanung. Dafür zolle ich Ihnen Respekt. Es ist ein Gebot der Fairness, diese Leistung nun eben gerade nicht durch eine pauschale Kürzungsaufgabe zu entwerten. Wer nach Kürzungen ruft, der muss auch sagen, wo und wie. Ich unterstütze daher den Antrag der Verwaltung, einschließlich der Anhebung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte.

Stürmische Zeiten sind es, wir stehen vor vielen Herausforderungen, sei es global, europäisch, national oder regional. Es gibt schockierende Ereignisse wie die Anschläge in Paris, aber auch allenthalben Verrücktheiten, die nicht nur uns als LINKE besorgt machen müssen.

Nach vielen fehlgeschlagenen militärischen Interventionen erleben wir, wie in Syrien dieselben Fehler wieder gemacht werden. In Windeseile werden international Milliardenbeträge für Militäreinsätze locker gemacht, während durch die Vereinten Nationen betreute Flüchtlingslager in Syriens Nachbarländer wegen Geldmangels die Versorgung rationieren müssen. 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist ein Bundeswehr-Kriegseinsatz der deutschen Bundesregierung nicht einmal mehr eine ernsthafte Debatte wert.

Sie hält aber am munteren Waffenhandel mit zwielichtigen Staaten fest, eine so genannte „Wertegemeinschaft“, oder treffender „Geldwertegemeinschaft“, sieht dem regen Handel an der türkisch-syrischen Grenze einfach zu und die Türkei darf mittels Flugzeugabschuss am 3. Weltkrieg heranzündeln. Hauptsache sie macht die Grenzen zur EU für Flüchtlinge dicht. In dieser angespannten Situation, lädt die NATO das fragwürdige Montenegro zur Mitmachorgie der Provokationen gegen Russland ein. Ja, man könnte den Eindruck gewinnen, die „Westliche Geldwertegemeinschaft“ legt es geradezu darauf an, dass auf der anderen Seite mal jemand die Nerven verliert. Doch mit diesem grob fahrlässigen Aggressionsgehabe gegenüber einer Atommacht auf der einen Seite, stehen wir mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA kurz vor der bedingungslosen Kapitulation gegenüber den Interessen multinationaler Großkonzerne auf der anderen Seite. Die Aufzählung weiterer Beispiele des Irrsinns würde ganze Bücher füllen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr froh, dass wir im Zollernalbkreis – zumindest für unsere hiesigen Verantwortungsbereiche – noch nicht so sehr in derart widersprüchliche Verrücktheiten verstrickt sind. Die Debatte um die Klinikstandorte wird jedoch in der Bevölkerung als verrückt wahrgenommen. Die Hintergründe dafür sind mehrschichtig:

Der Neubau am Standort Balingen ist gerade mal in der Fertigstellung und Albstadt steht vor umfangreichen Sanierungen, da wird über die Notwendigkeit eines gänzlichen Neubaus auf der grünen Wiese öffentlich herumphilosophiert. Mit dem trotz vieler Proteste leider nur kaum nachgebesserten Krankenhausstrukturgesetz ist nun der Fokus auf Betriebswirtschaft und Kostensenkung festgezurr. Der auf dem Gesetzespapier stehenden Forderung nach Qualität wird aber eine ausreichende Finanzierungsgrundlage verweigert. Gesundheit verkommt zur Ware. Albstadt ist die größte Stadt im Kreis und hat mit seinen Nachbargemeinden ein wirtschaftliches wie kulturelles Einzugsgebiet bis weit über die Kreisgrenzen hinaus. In eine solch bedeutende Raumschaft gehört auch ein vollwertiges Krankenhaus.

Es ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, aus Gründen einer fehlgestalteten Gesundheitspolitik ihr ihren Krankenhausstandort abzusprechen. Nicht wenige Einwohnerinnen und Einwohner haben ihren Wohnort gerade an solchen infrastrukturell wichtigen Gesichtspunkten ausgerichtet. Politische Rahmensetzungen, die auf ein öffentliches Kliniksterben zur Kostensenkung und auf Rosinenpickerei für Privatkliniken setzen, wenden sich gegen die eigene Bevölkerung. Nicht wenige Pflegekräfte suchen frustriert und ausgepowert nach einem beruflichen Ausstieg, obwohl sie dringend gebraucht werden. Verrücktheiten, zu denen wohl nicht wenige der hier Anwesenden eher aus Gründen der Parteiräson als aus Überzeugung stehen dürften. Uns haben sogar allen Ernstes Aussagen erreicht, das Krankenhausstrukturgesetz hätte nichts mit der Standortdebatte des Zollernalbkrankums zu tun. Ja, vielleicht. Dann hat aber wohl auch der Apfelbaum nichts mit dem Apfel zu tun, liebe Frau Staatssekretärin Widmann-Mauz und lieber Herr Wahlkreisabgeordneter Bareiß!

Wenn wir LINKEN sagen, die Finanzierung einer menschlichen Pflege ist eine wichtige gesellschaftliche und bedarfsorientiert zu finanzierende Aufgabe, und dies sicher mehr als ein wohl niemals fertig werdender Berliner Großflughafen, das Prestigeprojekt Stuttgart 21, Banken zu retten oder sich mit Bundeswehrtornados in das Getümmel des syrischen Luftraums zu stürzen, ja, wenn wir das sagen, dann gelten wir als törichte Populisten. Verrückte Welt eben!

Der Zollernalbkreis hat in seiner geografischen Struktur mit seinen großen Raumschaften Albstadt und Balingen eine natürliche Dualität, ergänzt und vollendet durch den Hechinger Raum. Dabei läßt sich in der Bevölkerung eine gewisse Mentalität des Konkurrenzdenkens nicht vermeiden. Die Emotionalität der Klinikdebatte sollten wir alle als deutliches Zeichen werten, diese Dualität gleichberechtigt und miteinander fruchtbringend zu pflegen und zu wahren. Die Schließung des Hechinger Krankenhauses hat bleibende Wunden hinterlassen. Eine einseitige Standortentscheidung in der Klinikfrage würde unseren Kreis vor eine noch viel härtere Zerreißprobe stellen. Das kann niemand ernsthaft wollen. Es gibt im Leben eben auch andere Maßstäbe als die der Kostenminimierung oder die der Gewinnmaximierung. Ja, eine sachliche Diskussion ist dringend geboten, wer aber meint, dies könne sich nur auf das Thema „Euro und Cent“ beschränken, der irrt gewaltig und lenkt gerade dadurch die Auseinandersetzung in Richtung Unsachlichkeit. Etwa 20.000 Unterstützungsbekundungen und eine Vielzahl an hochemotionalen Leserbriefen unterstreichen dies eindrücklich. Eine wirklich angemessene Methodik der Entscheidungsfindung wäre eine Volksabstimmung auf Kreisebene. Da eine solche rechtlich wohl schwer zu realisieren ist, fordern wir als LINKE Zollernalb ein umfangreiches und ergebnisoffenes, die Bevölkerung ernsthaft einbindendes Verfahren zur Bürgerbeteiligung, das aber weit über bloße Informationsvermittlung hinausgehen muss. Dies wird Geld kosten, diese Ausgabe wird sich aber sicher lohnen!

Aber wenden wir uns nun einer anderen großen Herausforderung zu. Krieg, Terror, Verfolgung, menschenverachtende Diktatoren, eine ausbeuterische Handelspolitik und die Zerstörung von Lebensgrundlagen treiben Flüchtlinge zu uns, deren Zahl viele besorgt machen, deren Unterbringung und Integration uns allen einiges abverlangt. Dies zu verleugnen wäre unseriös. Dies liegt aber in erster Linie an der großen Zahl der Ankömmlinge innerhalb kurzer Zeiträume und weniger an der zu erwartenden Gesamtzahl. Diese bewegt sich im Bereich von etwa 2 zu integrierenden Flüchtlingen pro 100 Einwohner. Die Zahlen zeigen, dass nicht alles in der Debatte wirkliche Sorgen sind, sondern auch eine gehörige Portion Hysterie. Meine Damen und Herren, das schaffen wir!

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Gremiumskolleginnen und –kollegen, liebe Kreisverwaltung! Der Zollernalbkreis leistet hier eine hervorragende Arbeit. Ganz besondere Anerkennung gilt auch den zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Arbeit mit Flüchtlingen. Trotz LEA-Privileg lehnen wir uns nicht zurück und spekulieren auf eine Weiterführung der Landeserstaufnahmeeinrichtung über 2016 hinaus, sondern nehmen bereits jetzt auf freiwilliger Basis Flüchtlinge in verfügbare Gemeinschaftsunterkünfte auf und sind aktiv bei Akquise und Sanierung von Wohnraum. Dafür sei allen Mitwirkenden gedankt und Respekt gezollt! Eine angemessene Belegung vorausgesetzt, wird sich die LINKE für eine Weiterführung der LEA über 2016 hinaus einsetzen. Neben humanen Gründen ist dies auch insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll.

Allerdings kommt auf uns eine weitere Herausforderung zu, die uns im kommenden Jahr und darüber hinaus beschäftigen wird, und die sich bisher nur unzureichend in den Haushaltsplanungen wieder findet:

„Flüchtlinge konkurrieren mit heimischer Armut“, so könnte man die Herausforderung zusammenfassen. Bereits jetzt senden Unterstützungseinrichtungen wie die Tafeln oder soziale Beratungsstellen unüberhörbare Hilferufe, dass sie dem Ansturm der Bedürftigen und deren Bedarfe nicht mehr gerecht werden können. Es finden bereits Krisensitzungen statt, weitere werden folgen. Alleinerziehende, Geringverdiener, Arbeitslose, Erwerbsunfähige, Niedrigrentenbezieher und chronisch Kranke kommen immer weniger klar mit ihrem Leben, vielen finden kaum mehr bezahlbaren Wohnraum.

Wir werden keine andere Wahl haben, als diesen Engpässen durch eine deutliche Ausweitung der Angebote zu begegnen. Dazu gehören unter anderem große Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Schon jetzt ist ein hoher Anteil der von Armut betroffenen oder sich von ihr bedroht fühlenden Bürgerinnen und Bürger hochgradig frustriert, weil Ihnen Optionen zu Auswegen aus der Armutsfalle politisch verwehrt bleiben und sie unter massivem, teils auch primitivem Medieneinfluss sehr anfällig sind für rechtspopulistische Reflexe nach dem Motto *„die Flüchtlinge nehmen uns etwas weg“*. Wir dürfen nicht zulassen, dass beide Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Ich warne auch davor, im Sozialetat des Landkreises Einsparungen dadurch erzielen zu wollen, das sozialrechtliche Verwaltungshandeln restriktiver zu gestalten. Wir LINKEN werden jedenfalls darüber wachen, Fachkompetenz dazu haben wir.

Die rechtsextreme „Alternative für Deutschland“ steht in Wahlumfragen bei bis zu 10%, gar nicht wählen wollen 40%. Davon sind aber bei weitem nicht alle rechtsradikal, sondern in hohem Maße frustriert, in irgendeiner Weise auf der Verliererstraße oder politikverdrossen. Letzteres leider auch oft gegenüber der Kommunalpolitik. Da müssen wir ran, liebe Leute!

Das jahrelange Schwarze-Null-Gerede mit Ignoranz gegenüber der Einnahmeseite öffentlicher Haushalte zeigt ihre desaströse Wirkung: *Forderungen nach Verbesserungen sind zugunsten von Forderungen nach Verschlechterung für andere verschwunden.*

In Polen und Ungarn können wir sehen, wie demokratische Errungenschaften demontiert werden. Auch in Frankreich grassiert der Rechtspopulismus zunehmend. Dies alles geschieht unter passivem bis wohlwollendem Zuschauen oder gar Aufwertung durch die so genannte „Wertgemeinschaft“, wie die Einladung der CDU Südwürttemberg unter Vorsitz des Wahlkreisabgeordneten Bareiß an ein ungarisches Regierungsmitglied beweist.

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts der zunehmenden Problematik des Rechtspopulismus fordern wir als LINKE Zollernalb die Einrichtung einer „*Stabsstelle gegen rechts*“, wie z.B. im Rems-Murr-Kreis bereits erfolgt. Die Förderung solcher Stellen ist auch ein landespolitisches Thema, das seit Jahren sträflich vernachlässigt wurde: eine landesweite Präventionsstelle gibt es bis heute nicht. Mittlerweile ziehen sich gar bundesweite Ausstiegs- und Präventionsorganisationen wie EXIT pauschal aus Baden-Württemberg zurück, weil sie nicht die Gegebenheiten sehen, in diesem Bundesland arbeiten zu können.

Als weitere Themen werden uns auch in 2016 die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, die soziale Beratungsstruktur im Kreis und das als unsozial einzustufende Tarifgefüge im Öffentlichen Nahverkehr beschäftigen. Zur Diskussion um die Eigenanteile der Eltern an den Schülerbeförderungskosten verweise ich auf ein in Kurzform der Kreisverwaltung vorliegendes Rechtsgutachten, wonach die in der Landesverfassung gewährleistete Kostenfreiheit an öffentlichen Schulen auch für die Schülerbeförderung zu gelten hat.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt viele dringende Handlungsfelder, die in Zukunft mehr Geld kosten werden. Sie sehen auch, dass selbst eine teils mit gewieften Sparfüchsen besetzte Haushaltskommission kaum Einsparpotentiale im Kreishaushalt entdecken konnte. Die richtige Schlussfolgerung kann daher nur sein, dass sich an der Struktur der Einnahmeseite etwas ändern muss, und zwar auf allen Ebenen der öffentlichen Haushalte. Wir fordern Sie dringend zu einem grundsätzlichen Umdenken und zum konstruktiven Ungehorsam in ihren Partei- und Verwaltungsstrukturen auf. Es ist doch viel sinnvoller, wenn wir uns alle, - *und sich vor allem die Kommunen mit den Landkreisen* - in dieser Frage solidarisieren und mit geballter Kraft Verbesserungen durchsetzen, als sich jedes Jahr noch neuem in dieses unsägliche und entwürdigende Gezerre um die Kreisumlage begeben zu müssen.

Die vielgepriesene, aber pathologisch motivierte Irrlehre der „Schwarzen Null“ bei gleichzeitiger Tabuisierung von Steuererhöhungen für hohe Einkünfte kommt an ihre Grenzen. Die Finanzpolitik bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung. Die Zeiten des Sozialabbaus müssen in die Vergangenheit verbannt werden. Oder soll George Orwell doch recht behalten, wenn er sinngemäß sagt: *„Und wenn alle die verbreiteten Irrlehren glauben, weil alle Berichterstattungen gleich lauten, dann geht Falsches in die Geschichte ein und wird zur tragischen Wahrheit.“* Leider stehen die Zeichen so. Laßt uns aber nicht aufgeben!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit gegenüber diesen teils allgemeinen, und teils recht kritischen Anmerkungen.